Briefkasten
Freie Presse, Ressort Chef vom Dienst
Postfach 261
09002 Chemnitz.
Fax: 0371/656-17041
E-Mail: leserbriefe@freiepresse.de

KOLUMNE

18, 20, … passe!

VON DIETMAR BARTEL
dietmar.bartel@freiepresse.de

Nein, liebe Leserinnen und Leser, Sie haben sich nicht auf eine falsche Seite verirrt, es handelt sich um die Seite Leserforum und nicht um die Seite Spiel & Hobby. Aber die Gelegenheit, während Leserobmann Reinhard Oldeweme im Osterurlaub ist, möchte ich gleich nutzen, um mit Ihnen eine Runde Skat zu spielen …

Aber an der Überschrift können Sie schon erkennen, dass ich kein gutes Blatt habe. Und um ganz ehrlich zu sein: Ich spiele sehr schlecht und es sind schon ein paar Jahrzehnte her, dass ich meine letzte Runde „drosch“. Trotzdem geht's aber an dieser Stelle um dieses so beliebte Kartenspiel: Vierzehntäglich stellen wir auf der Seite Spiel & Hobby im Wechsel mit Schach eine Skataufgabe, die zu lösen ist. In der vergangenen Woche sind uns beim Abdruck leider zwei grobe Fehler unterlaufen. So wurde zwar die richtige Kartenverteilung für Vorhand abgedruckt, im Kartenabbild tauchte dann aber Eichel-Unter statt Rot-Unter auf. Und im Spielverlauf stand da ein K für Karo – da wir aber alle Aufgaben mit deutschem Blatt veröffentlichen, hätte das ein S für Schellen sein müssen. Pardon dafür!

Am Erscheinungstag noch vor zehn Uhr ging der erste Anruf in der Redaktion ein: „In Ihrer heutigen Skataufgabe kann etwas nicht stimmen.“ Das setzte sich fort: Am Telefon, per Mail und selbst via Facebook meldeten sich Skatspieler, die uns auf den Fauxpas aufmerksam machten. Als ob es eines Beweises bedurft hätte, dass diese Rubrik gelesen wird … Trotz aller Kritik, die Gespräche und auch Antworten auf meine Mails waren durchweg sachlich und positiv, ein Leser war richtig stolz, dass ihm die beiden Fehler aufgefallen waren, er spielt seit einiger Zeit mit zwei älteren Herren Skat und meinte, er nutze die Rubrik auch, um sein Spiel zu verbessern.

Jahrzehntelanger Autor der Skat-Rubrik in der „Freien Presse“ war der Plauener Frank Schettler, der auch als Schiedsrichter bei Meisterschaften und als Richter am Altenburger Skatgericht tätig und nach der deutschen Wiedervereinigung an der Gründung des Sächsischen Skatverbandes beteiligt war. Vor ein paar Jahren setzte sich der im vergangenen August 80 Jahre alt gewordene Vogtländer zur Ruhe, berät die „Freie Presse“ aber hin und wieder noch bei Fragen der Leser.

Inzwischen nutzen wir deshalb für die Aufgaben den Deike-Verlag aus Konstanz, der ein umfangreiches Angebot an Vorlagen für Spiele anbietet, so auch für Skat. Eine kleine Herausforderung: Die Skatspiele werden mit dem französischem Blatt angeboten, hierzulande wird aber natürlich mit dem deutschen Blatt gespielt: also Schellen statt Karo, Rot statt Herz, Grün statt Pik und Eichel statt Kreuz; die Dame wird zum Ober, der Bube zum Unter. Und das Ass zum Daus. Doch da hatte uns diesmal das Suchen/Ersetzen ein Schnippchen geschlagen und eine Stelle ignoriert. Und die falsch abgebildete Karte war nur eines: menschliches Versagen.

Allen Skatspielern „Gut Blatt“, und allen Leserinnen und Lesern an dieser Stelle ein paar erholsame Feiertage.

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Mit Putin reden – ausprobieren?

Der Bericht über den Aufruf „Frieden schaffen! Waffenstillstand und Gemeinsame Sicherheit jetzt!“ und der Kommentar „Alles Weicheier“ haben die Debatte über das Ende des Krieges neu entfacht.

Frieden für die Ukraine wollen alle – nur der Weg dorthin ist immer noch umstritten. FOTO: IMAGO/PATRICK SCHEIBER

Aus der Seele gesprochen
Der Kommentar „Alles Weicheier?“ hat mir aus der Seele gesprochen. Wer Verhandlungen vor, während und nach einem Krieg anstrebt, ist eben kein Weichei, und ein Pazifist, der sich für Waffenstillstand einsetzt, ist eben kein „Putinversteher“ und spielt ihm auch nicht in die Hände, wie es noch vor einiger Zeit diskriminierend in vielen Medien zu hören und zu lesen war. Die damalige Politik im Sinne des Verstehens der Position der anderen Seite von Egon Bahr, Willy Brandt und Walter Scheel – „Wandel durch Annäherung“ – brachte vor allem für die Menschen im Osten zwar langsame, aber dennoch spürbare Verbesserungen und ist auch heute noch sinnvoll. Russland bleibt auch für die Zukunft unser europäischer Nachbar. Ob sich mit Putin „nicht sprechen“ lässt, sollte nicht behauptet, sondern einfach mal ausprobiert werden. Ohne Anerkennung der gegenwärtigen Verteidigungslinien ist die erste Voraussetzung für Verhandlungen ein sofortiger Stopp der Kampfhandlungen und damit das Ende des gegenseitigen Mordens. Es gibt inzwischen genügend Länder, die ebenfalls diese Position vertreten. Wenn man uns weismachen will, dass in der Ukraine die „Werte des Westens“ verteidigt werden müssen, so ist das angesichts der Tatsache, dass dieses Land (ebenso wie auch Russland) mit zu den korruptesten Ländern Europas zählt, mehr als fragwürdig. (…)
Hans-Volkhard Gründler, Zschopau

Große politische Erfahrung
Mit großer Entrüstung habe ich die beiden Beiträge gelesen. Es ist darin von der Reaktion ukrainischer Politiker auf den Friedensappell namhafter deutscher Politiker die Rede. Ich finde die Reaktion von Andrij Melnyk unverschämt und anmaßend. Ich verurteile die Aggression Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste, bin mit den Menschen solidarisch, die unter diesem Krieg so furchtbar leiden. Aber gerade deshalb sollte man jede Aktion unterstützen, die ein Ende dieses barbarischen Krieges wenigstens mit kleinen, friedlichen Schritten hilft herbeizuführen. Wie kann ein Politiker einen Appell zum Frieden als „Firlefanz“ abtun? Mein Eindruck ist, dass Melnyk ein absoluter Kriegstreiber ist und alles dafür tut, dass kein Frieden angestrebt wird. Auch der amtierende Botschafter übernimmt schon dessen Ausdrucksweise. Die deutschen Politiker, die sich mit diesem Friedensappell zu Wort gemeldet haben, sind keine Neulinge auf diesem Gebiet, besitzen große politische Erfahrung und auch Rückhalt in großen Teilen der Bevölkerung. Denn die Angst vor einer Ausweitung des Krieges und die Gefahr einer atomaren Bedrohung sind ja weit verbreitet, vor allem beim kritisch denkenden Teil der Deutschen.
Carmen Neujahr, Schneeberg

Kanzler sollte Stärke zeigen
So wie sich die ukrainischen Machthaber jetzt gebärden, sehen viele Deutsche sie seit längerer Zeit: arrogant, fordernd und kriegstreibend. Eine Friedensinitiative namhafter deutscher Politiker, Künstler und Gewerkschafter weisen sie zurück! Sie wollen keinen Frieden, sie wollen weitere Waffen, und Deutschland lässt sich vorführen. Wann wird Deutschland endlich damit aufhören, kriegsfördernde Maßnahmen wie Waffenlieferungen usw. durchzuführen, wann wird es das Anbiedern bei den ukrainischen Kriegstreibern beenden? Kanzler Scholz, haben Sie Rückgrat und zeigen Sie (Führungs-)Stärke, hören Sie auf, immer mehr und immer stärkere Waffen an die Ukraine zu liefern. Sorgen Sie für ein Ende des Krieges. Sorgen Sie für Friedensverhandlungen.
Horst Ellinger, Bad Elster

Politiker müssen reagieren
Es ist unerträglich, lesen zu müssen, was zwei mehr oder weniger hochrangige Vertreter des Kiewer Regimes zu einem Aufruf deutscher Persönlichkeiten zu sagen haben. Der stellvertretende Außenminister der Ukraine und sein Botschafter in Deutschland diffamieren den Aufruf zu diplomatischen Lösungen im Ukrainekonflikt mit Worten wie Firlefanz, Hirngespinste usw. Wenn daraufhin von deutschen Politikern keine Reaktion erfolgt, wäre das nicht nur unerträglich, sondern ungeheuerlich. Auch die Äußerungen des Staatschefs Selenskyj, nicht mit Präsident Putin verhandeln zu wollen, passen in dieses Schema. (…)
Uwe Odebrecht, Plauen

Gezielte sinnvolle Aktionen
Der Beitrag „Und willst du nicht mein Bruder sein …?“ über die Meinung des Kolumnisten Dirk Zöllner ist sachlich, differenziert und bringt die Problematik einer persönlichen Meinungsbildung zu einer gerechten Beendigung des Ukrainekrieges deutlich zum Ausdruck. Einige Fragen stellen sich für mich: Darf nur allein die ukrainische Führung die Entscheidung über Beendigung des Krieges treffen oder haben auch die Nachbarstaaten und die Unterstützerländer der Ukraine ein Wort mitzureden? Welche Mitbestimmung hat die ukrainische Bevölkerung? Ich vertrete den Standpunkt, dass alles getan werden muss, um kurzfristig zu einem Waffenstillstand und anschließend zu einer auf Interessenausgleich gerichteten Befriedung zu kommen, um das sinnlose Sterben und die maßlosen Zerstörungen zu beenden. Es muss weiterhin Druck auf Russland durch gezielte sinnvolle Sanktionen ausgeübt werden, aber auch der ukrainischen Führung muss klargemacht werden, dass die vielfältige Unterstützung – besonders die immer zunehmendere auf militärischem Gebiet – nicht ins Uferlose gehen kann. Es ist ziemlich sicher, dass die Großmacht Russland die seit 1783 zu ihr gehörende, strategisch wichtige Krim (mit Unterbrechung der Zuordnung zur Ukraine durch Chruschtschow 1954) nie wieder an die Ukraine zurückgeben wird. Auch für den Donbass mit einem großen russischen und russischsprechenden Bevölkerungsanteil muss eine Lösung gefunden werden. Die Ukraine und alle beteiligten Nachbarstaaten müssen von der internationalen Staatengemeinschaft Sicherheitsgarantien für ihre Unabhängigkeit erhalten und das Recht, ihre zukünftige Gesellschaftsordnung selbst zu bestimmen. (…)
Bernd Schlegel, Chemnitz

Den Preis aber zahlen am Ende wir alle

Dies sind zwei Meinungen zu den Berichten und Kommentaren über den Warnstreik im Öffentlichen Dienst.

Die hohen Lohnforderungen stoßen bei Lesern auf Kritik. FOTO: IMAGO/M. MÜLLER

Nicht mehr nachvollziehbar
Die enormen Gehaltsforderungen der Gewerkschaften sind für mich in ihrer Pauschalität nicht mehr nachvollziehbar. Dass für die unteren Einkommensklassen im Öffentlichen Dienst, bei der Bahn, in der Industrie usw. ein Lohnzuwachs in Höhe der Inflation zum Bestreiten ihres Alltags gerechtfertigt ist, wird jeder einsehen. Nicht aber, dass in Zeiten von Krisen verschiedenster Art auch die Bezieher von hohen und sehr hohen Einkommen im fast selben Verhältnis bedacht werden sollen, nur damit sie ihr gewohntes Konsumverhalten beibehalten können. Gewerkschaften sind einst als Korrektiv zum Kapitalismus, als Lobby für die Einkommensschwachen, entstanden, darum geht es jedoch schon lange nicht mehr. Was wird passieren, wenn die Löhne wie gefordert steigen? Es wird Preis- und Gebührenerhöhungen auf der ganzen Linie geben, die Inflation dadurch noch mehr befeuert und damit das Geld immer stärker entwertet – ein Teufelskreis, der mehr und mehr Menschen aus der Bahn werfen wird, die keine Lobby haben. Die Krisen unserer Zeit müssten für alle Verantwortlichen ein Gebot zu Vernunft und verantwortlichem Handeln sein, die Gewerkschaften tun gerade das Gegenteil.
Hartmut Markert, Chemnitz

„Auf die Rolle genommen“
Nicht nur ich fühle mich von den Forderungen der Gewerkschaft „auf die Rolle genommen“, nur weil die Vertreter dieser Beschäftigten und Besserverdienenden es können. Wo sind die Gewerkschaften der Beschäftigten im Lebensmittelverarbeitenden Gewerbe, der externen Gebäudereiniger (Kliniken, Schulen, Kitas, Ämter und Verwaltungen), der extern Beschäftigten in Schul- und Kita-Küchen usw., aber auch der Beschäftigten in der Landwirtschaft und der Verkäufer/innen beim kleinen Einzelhändler, Fleischer und Bäcker um die Ecke? Was wäre, wenn da einmal der Laden ein paar Tage zu ist? Doch der Monat müsste sechs Wochen haben oder kontinuierlich eine enorme Leistungs- und Umsatzsteigerung erreicht werden, damit der Arbeitgeber eine solche Lohnsteigerung bezahlen kann. Am Ende werden wir alle mit höherer Inflation und höheren Energiepreisen und Lebenshaltungskosten, Gebühren und Abgaben das schon jetzt gute Einkommen der Streikenden finanzieren.
Reiner Kaiser, Oelsnitz/V.

Gangbare Regelung für alle finden

Diese drei Meinungen haben uns zu den Berichten über die geplante Einführung des 49-Euro-Tickets erreicht.

Grenzt an Diskriminierung
Eines bleibt wohl ungelöst, denn wer kein Smartphone besitzt, ist außen vor. Das grenzt an Diskriminierung. Warum kann das Ticket nicht wie alle Abo-Tickets auch in den Servicestellen erworben bzw. als Monatskarte am Automaten gezogen werden? Wir haben sehnlichst auf das 49-Euro-Ticket gewartet, das unser Finanzbudget als Rentner entlasten würde. Nun müssen wir wohl weiter auf das Rentner-Abo oder die teurere Monatskarte zurückgreifen, deren Aktionsradius eingeschränkter ist. Wir würden uns eine gangbare Regelung für alle Interessierten wünschen und hoffen auf verständnisvolle Politiker.
Elisabeth Ostrowski, Zwickau

Alte werden ausgegrenzt
Angetrieben durch Minderheiten, werden wir darauf aufmerksam gemacht, richtig zu „gendern“. Bücher werden umgeschrieben oder nicht mehr verlegt, Lieder werden verstümmelt, weil sie nicht opportun sind. Da wird ein 49-Euro-Ticket herausgebracht, und es kommt kein Aufschrei, dass eine ganze Personengruppe ausgegrenzt wird. Die alten Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sollen nicht beteiligt werden, weil sie kein Handy haben. Aber diese Menschen gehen ja nicht mehr auf die Straße, um auf sich aufmerksam zu machen. Sie haben keine starke Lobby. Arme Gesellschaft, die sich um Minderheiten intensiv kümmert, aber die Alten ausgrenzt.
Karla Schwinger, Lichtentanne

Einführung eines Sozialtickets
Ich schlage vor, beim Deutschlandticket für alle Bürgergeldempfänger ein bundesweit gültiges Sozialticket für 30 Euro im Monat einzuführen. Um die Probleme bei der schlechten Bonität zu umgehen, empfehle ich darüber hinaus eine Abtretung der Bezahlung des Deutschlandtickets an die das Bürgergeld auszahlende Behörde. Bei Arbeitslosen und erwerbstätigen Aufstockern ist es das Jobcenter und bei aufstockenden Erwerbsminderungs- oder Altersrentnern sind das die Landratsämter, die bei der Beantragung eines Deutschlandtickets die 30 Euro im Monat an die Deutsche Bahn AG abführen und damit das ausgezahlte Bürgergeld dann um 30 Euro niedriger ist.
Ulrich Neef, Plauen

Arbeitsplätze – aber zu welchem Preis?

Zum Beitrag „Kommt Pulverfabrik nach Großenhain?“:

Wenn man den Artikel überfliegt, kann man meinen: Endlich wieder 500 bis 600 Arbeitsplätze. Doch zu welchem Preis? Einer der größten Rüstungskonzerne will eine Pulverfabrik in Sachsen bauen, denn Pulver wird gebraucht. Gebraucht für die Herstellung tödlicher Waffen, für den Tod. Laut dem Ministerpräsidenten steht an diesem Standort eine „Entwicklung mit hoher Wertschöpfung“ im Mittelpunkt. Was hat die Herstellung tödlicher Waffen mit Wertschöpfung zu tun? Und woher kommt das Geld? Aus Millionen von Steuermitteln, die jeder Bürger mit seiner Arbeit dem Staat zur Verfügung stellt. Es wird dabei nicht gefragt, ob das Geld im Gesundheitswesen, in der Bildung, in der Pflege usw., also im Interesse der Bürger, besser genutzt werden kann. Nein, der Profit zählt, denn letztlich wird dieser Standort wieder Geld in die Kassen des Freistaates spülen. Und auch hier wieder die Frage: Zu welchem Preis?
Dietmar Hänel, Flöha